

4.4. Umsetzung des Masterplans Kasernenareal

Dringliches Postulat Céline Widmer (SP, Zürich), Cyrill von Planta (GLP, Zürich) und Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) vom 8. Juli 2019

KR-Nr. 235/2019, RRB-Nr. 788/3. September 2019 (Stellungnahme)

Ratspräsident Dieter Kläy: Gemäss Paragraf 24a des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Wird ein Ablehnungsantrag gestellt? Das ist der Fall.

Peter Schick (SVP, Zürich): Irgendwie kommt mir das jetzt spanisch vor: Eine Mehrheit hat in der alten Legislatur die Vorlage 5421 abgelehnt respektive dem Regierungsrat die Aufgabe erteilt, eine neue, kostenneutrale Vorlage vorzulegen. Jetzt, ein paar Monate später, neue Legislatur mit neuen Mehrheitsverhältnissen, wird versucht, einen einmal getroffenen Entscheid umzukrempeln, sprich: mit dem Kopf durch die Wand. Es ist schon so, dass gewisse Kreise mit Niederlagen einfach nicht umgehen können, auf gut Deutsch, schlechte Verlierer sind (*Heiterkeit*).

Mit dem Inhalt dieses Vorstosses wird der Regierungsrat aufgefordert, möglichst die alte Vorlage wieder zu bringen. Es wird noch von einem möglichen Verkauf der Zeughäuser an die Stadt gesprochen. Man konnte tatsächlich vor circa zwei Wochen in einer Tageszeitung lesen, dass sich der Zürcher Stadtrat überlegt, Teile des Kasernenareals vom Kanton zu kaufen. Wenn dem so wäre und der Regierungsrat bereit ist, zu verhandeln, dann mit Auflagen, wie zum Beispiel ein Schulhausneubau. Schulräume hat es in der Stadt viel zu wenig. Es werden jetzt auf Teufel komm raus wertvolle Grünflächen gebraucht – ich betone es nochmals: wertvolle Grünflächen –, um Schulpavillons darauf zu stellen. Die Schulraumnot soll damit ein wenig gelindert werden. Die Stadt hat ein Überangebot an kulturellen und sozialen Angeboten, auf der anderen Seite einen riesigen Mangel an Schulräumen, irgendwie ein grosses Missverhältnis.

Nun wieder zur Vorlage zurück: In den Antworten zur dringlichen schriftlichen Anfrage 136/2019 spricht der Regierungsrat von einer zentralen Lage des Areals und von einer langfristigen strategischen Reserve, die der Kanton erhalten will. Er sagt auch weiter, dass eine inhaltlich gleichlautende Neuauflage der Vorlage 5421 den Beschlüssen des Stadt- und des Gemeinderates Zürich entsprechen würde. Siehe da, dieser Vorstoss zielt darauf ab. Das tönt jetzt richtig fantasielos. Es wird dem neuen Bauvorsteher (*Regierungsrat Martin Neukom*) nicht die Möglichkeit gegeben, eine ganz neue Vorlage zu bringen, der Mehrheit der Ablehnung entsprechend. Obwohl er bei den Befürwortern der Vorlage 5421 war, hätte er jetzt die Chance gehabt, etwas ganz Neues, wenn nicht sogar Revolutionäres zu bringen. Es müssen nicht immer kulturelle und soziale Angebote dabei sein. Die SVP ist nicht gegen solche Angebote, aber gegen ein Überangebot. Gemäss Mas-

terplan gibt es noch andere Nutzungen, die angestrebt werden könnten. Ein Verkauf an private Investoren mit den Vorgaben aus dem Masterplan hätte angestrebt werden müssen, auch wenn dies dem neuen Bauvorsteher widersprechen würde. Das wird wahrscheinlich eine Wunschvorstellung bleiben.

Nach dem, was man so hört, wird die SVP die einzige Partei sein, die weiterhin zu ihrem Nein stehen wird, auch wenn es jetzt nicht direkt um eine Vorlage geht. Der Kanton soll und muss mit einem solchen strategischen Areal anders umgehen. Wenn 2022 das neue PJZ (*Polizei- und Justizzentrum*) bezogen wird und das Kasernenareal dann fast leer dasteht, ist es zu schade, es einfach brach liegen zu lassen. Da sind neue Ideen gefragt. Private innovative Investoren lassen grüssen, man muss nur wollen.

Die SVP lehnt das Postulat ab. Ich hoffe, dies werden auch die anderen Parteien machen, die damals Nein gesagt haben. Um es noch einmal zu sagen: Die SVP respektiert den Wählerwillen, wonach die Zeughäuser nach dem Auszug der Polizei einer Neunutzung zugeführt werden, was man den Initianten dieses dringlichen Postulates und deren Parteien sicher nicht nachsagen kann.

Céline Widmer (SP, Zürich): Anfangs Jahr – wir haben es gehört – ist hier im Kantonsrat die Vorlage zur Abgabe des Zeughausareals im Baurecht an die Stadt Zürich ganz knapp gescheitert. Mit diesem dringlichen Postulat ermöglichen wir dem Regierungsrat, dem Kantonsrat eine analoge Vorlage nochmals vorzulegen, wenn dies die schnellste und sowohl für Stadt als auch Kanton beste Lösung ist. 2021/2022 wird das neue PJZ bezogen und das ganze Kasernenareal wird endlich polizeifrei. Stadt und Kanton haben ein breit abgestütztes Nutzungskonzept für das Kasernenareal erarbeitet, das endlich eine Perspektive für dieses riesige Areal mitten im Zentrum Zürichs bietet.

In der Richtplanrevision, die die KPB (*Kommission für Planung und Bau*) einstimmig verabschiedet hat und die demnächst im Rat behandelt wird, sind die wesentlichen Elemente des Masterplans zum Kasernenareal enthalten. Heute geht es nur um das Zeughausareal, wie in der gescheiterten Vorlage 5421, weil es hier am dringlichsten ist. Die Gebäude sind am Verlottern, die Sanierung muss dringend an die Hand genommen werden. Vorgesehen war, dass der Kanton der Stadt die Zeughäuser im Baurecht abgibt und die Stadt sich an den Renovationskosten für die denkmalgeschützten Gebäude beteiligt. Doch die Gegenseite wollte in ihrer scheinbar blinden Wut auf die Stadt die Beteiligung des Kantons an den Renovationskosten nicht genehmigen. Sie malten irgendwelche aus der Luft gegriffen Szenarien an die Wand und produzierten damit einen Scherbenhaufen. In der Zwischenzeit hat hoffentlich ein Meinungsumschwung stattgefunden. Und man könnte sich ja auch die Frage stellen, ob die neuen Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat und Regierungsrat nicht auch ein bisschen mit dieser Entscheidung von damals zu tun haben.

Der Regierungsrat hat in seiner Antwort auf die dringliche Anfrage (*KR-Nr. 136/2019*) von Cyrill von Planta, Silvia Rigoni und mir dargelegt, dass eine Neuauflage der gescheiterten Vorlage ein rasches Handeln ermöglichen würde. Er

braucht dazu aber eine explizite Aufforderung aus dem Kantonsrat. Deshalb haben wir das heute diskutierte dringliche Postulat eingereicht. In der Zwischenzeit hat der Zürcher Stadtrat signalisiert, dass er auch einem Erwerb der Zeughäuser nicht abgeneigt ist. Vor dem Hintergrund der Debatte um die abgelehnte Vorlage 5421 sind wir deshalb der Meinung, dass auch ein Verkauf der Zeughäuser an die Stadt Zürich ebenfalls als Variante geprüft werden soll. Wichtig ist, dass die Umsetzung des Masterplans nicht weiter verzögert wird. Es braucht jetzt einen Richtungswechsel für eine zukunftsfähige Lösung. Und ja, wir wollen eine vielfältige, nicht gewinnorientierte und stadtteilverbindende Arealentwicklung mit kulturellen, sozialen und rein betrieblichen Nutzungen, so wie das eben vorgesehen ist. Und selbstverständlich steht der Kanton in der Pflicht, was die Kosten für die viel zu lange aufgeschobenen Renovationsarbeiten angeht.

Es freut mich besonders, dass jetzt auch die FDP konstruktive Lösungen für das Kasernenareal vorschlägt, zu ihrem Postulat für einen digitalen Leuchtturm in der Polizeikaserne (*KR-Nr. 259/2019*) nehme ich jetzt nicht Stellung. Ich finde es aber eine interessante Idee, die Polizeikaserne für innovative Jungfirmen zu nutzen, das haben auch wir in unserem Postulat so festgehalten. Die Polizeikaserne wurde ja bisher nicht vom Masterplan erfasst, wird aber dank gemeinsamem Intervenieren von der SP bis zur FDP nun auch frei. Es ist wichtig und richtig, dass Kanton und Stadt auch für die Polizeikaserne eine baldige Lösung suchen. Denkbar ist auch hier eine Vermietung, eine Abgabe im Baurecht oder ein Verkauf. Wie gesagt, warum nicht dieses Gebäude für Start-ups im Smart-City-Bereich öffnen? Diese Diskussion kann aber separat geführt werden. Eine enge Verknüpfung in eine Vorlage mit den Zeughäusern ist nicht nötig und würde möglicherweise den Prozess weiter verzögern. Das wollen wir nicht.

Ich danke Ihnen im Namen der SP für die Überweisung des dringlichen Postulates.

Sonja Rueff (FDP, Zürich): Heute geht es um das dringliche Postulat von Links-Grün und der GLP. Eigentlich ist es eine Copy-Paste-Vorlage der letzten Vorlage zum Kasernenareal. Dennoch, es enthält einige Neuerungen, wie die neu zu erfassende Polizeikaserne und das Raumangebot für innovative Jungunternehmen. Vor allem Letzteres ist ja genau das, was wir gefordert haben in der letzten Kantonsratsdebatte. Auch wir haben mit der SVP ein dringliches Postulat eingereicht mit unseren Vorstellungen, wie eine neue Vorlage aussehen soll, mit welchen Schwerpunkten. Wir hätten gerne – ich gebe es zu – ein gemeinsames Postulat eingereicht, wir waren lange in Diskussion mit den Postulanten. Dennoch hat es am Schluss nicht geklappt. Die Meinungen gingen in gewissen Punkten dennoch auseinander, und wir haben nun diese zwei dringlichen Postulate. Wir hoffen, beide werden überwiesen, und dann kann der Regierungsrat uns eine neue Vorlage präsentieren, die wir dann genau prüfen werden.

Aber jetzt zurück zum heutigen Postulat: Jungunternehmen und die Digitalszene sollen einen Platz an diesem guten Standort erhalten. Und die Polizeikaserne, die vor allem auch dank unseren Bestrebungen frei wird, soll in die Gesamtplanung miteinbezogen werden. Der Regierungsrat ist bereit, dies zu prüfen, und auch wir

wollen eine schnelle und gute Lösung. Die neue Lösung soll aber nicht nur die aktuellen Mehrheitsverhältnisse darstellen, sondern auch die letztjährigen vor einigen Monaten. Eine politische Entscheidung soll keine Momentaufnahme sein, sondern eine gute Lösung bringen. Aus diesem Grund sagen wir auch Ja; nicht, weil wir unsere Meinung gross geändert haben, sondern weil wir eine gute Lösung möchten. Und wir möchten, dass auch unser Postulat überwiesen wird. Deshalb gehen wir davon aus, dass der Regierungsrat auch unser Postulat entgegennehmen wird, und hoffen, dass mindestens zwei weitere Fraktionen in diesem Rat – ich schaue da ein bisschen nach rechts und in die Mitte – dies auch unterstützen werden. Den Masterplan an und für sich haben wir auch nicht gross kritisiert und wir werden ja auch den Richtplaneintrag genehmigen. Wir haben also keine grossen Vorbehalte zum Masterplan. Aber wir möchten einfach, dass gewisse Punkte aus dem Masterplan konkret und explizit in der neuen Vorlage betreffend Kasernenareal erwähnt werden. Und ebendies fordern wir dann auch mit unserem dringlichen Postulat.

Wir können der Überweisung daher heute zustimmen, jedoch mit dem expliziten Vorbehalt, dass wir einer Abgabe zum Eigentum nie zustimmen könnten, so wie es jetzt aussieht. Wir wollen eine Lösung und werden dann die kommende Vorlage und auch die Ideen betreffend Polizeikaserne sehr gut prüfen. Besten Dank.

Cyrill von Planta (GLP, Zürich): Die Grünliberalen werden diesen Vorstoss selbstverständlich unterstützen. Es ist eine Anknüpfung an unsere Anfrage von früher im Jahr und es ist natürlich auch ein Vorstoss mit dem Ziel, den Prozess des Kasernenareals respektive der Umsetzung des Masterplans, der im Januar 2019 ein wenig ins Stocken geraten ist, jetzt zu einem Ende zu führen, den Prozess wiederaufzunehmen. Und hier geht es natürlich vor allem auch um eine gewisse Schnelligkeit. Man muss wissen, dass das PJZ bald bezogen wird. Und man muss vor allem wissen, dass die Geduld bei den Stadtzürcherinnen und Stadtzürchern langsam am Ende ist. Sie wollen zu diesem Zeitpunkt nichts mehr von neuen Visionen und Luftschlössern auf diesem Areal wissen, sondern sie möchten, dass es jetzt vorwärtsgeht und dass auch der Kantonsrat sich auf eine gemeinsame Marschrichtung einigen kann. Aus diesem Grunde möchten wir, dass der Prozess, so wie er im Januar vorgeschlagen wurde, wiederaufgenommen und zu Ende geführt wird. Und damit auch die Wirtschaft und Parteien, die meinen, die Wirtschaft zu vertreten, damit leben können, haben wir bewusst jetzt auch die Polizeikaserne – die Polizeikaserne, die bisher nicht Teil des Masterplans war – in die Überlegungen miteinbezogen. Hier, denken wir, dass es ein guter Platz für Startups sein könnte, und möchten das entsprechend in die Planungen und Beratungen zum Postulat einbeziehen.

Ich denke, wie schon gesagt, es ist sinnvoll, dass wir da jetzt auf der Basis des Baurechtsvertrags weitermachen, weil hier im Grunde die Unterschriften und die Genehmigungen von Stadt- und Gemeinderat schon vorhanden sind und eigentlich nur der Kantonsrat noch fehlt. Es ist dann aber nicht ausgeschlossen – das muss ich von GLP-Seite hersagen –, dass wir mittel- und langfristig doch noch einen Verkauf des Areals anstreben.

Im Sinne dieser Überlegungen und vor allem auch im Sinne der Erwägungen des Regierungsrates, der ja auch sehr stark auf den Aspekt der Geschwindigkeit hinweist, im Sinne dieser Erwägungen möchten wir Sie bitten, das Postulat zu unterstützen.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Das Ringen um das Kasernenareal dauert nun schon rund 40 Jahre, und im Januar dieses Jahres dachten wir, nun seien wir endlich so weit. Der Regierungsrat hat mit der Stadt einen Deal abgeschlossen, der für den Kanton sehr vorteilhaft war, und brachte die Vorlage dazu in den Rat. Die Abstimmung über den Objektkredit für die Zeughäuser am 14. Januar 2019 war ein Tiefpunkt in diesem Rat. Zurück blieb ein Scherbenhaufen, Ratslosigkeit und die Befürchtung, dass diese leidige Geschichte nun noch weitere Jahrzehnte dauern wird. Zum Glück wurde es Frühling und es kamen die Wahlen und die fortschrittlichen Kräfte wurden in diesem Rat gestärkt.

Mit dem vorliegenden Postulat wird die Regierung gebeten, eine neue Vorlage auszuarbeiten. Der Faktor Zeit ist in diesem Geschäft nicht zu unterschätzen. Die Gebäude werden immer maroder und der Heimatschutz hat den Waffensaal zum Beispiel bereits auf die rote Liste der bedrohten Objekte gesetzt. Ein riesiges Areal an einem attraktiven Standort wird deutlich unter seinem Potenzial genutzt. Der Bedarf der Bevölkerung nach öffentlichen Räumen, welche nicht dem privaten Profit geopfert werden und allen offenstehen, wächst laufend. Nochmalige jahrelange Verhandlungen sind absolut unverantwortlich.

Daher herzlichen Dank an den Regierungsrat, dass er bereit ist, das dringliche Postulat entgegenzunehmen und vorwärts zu machen. Es bietet sich nun die Chance, den Blickwinkel nochmals zu öffnen und auch den Verkauf des Areals und der Zeughäuser an die Stadt zu prüfen. Nur bitten wir, nicht zu lange zu prüfen, denn, wie gesagt: Der Zeitfaktor in diesem Geschäft ist nicht zu unterschätzen. Die bestimmt schnellste Variante wäre, den damals ausgehandelten Vertrag mit der Stadt wieder aus der Schublade zu nehmen. Aber vielleicht gibt es eine bessere Idee. Vielleicht wäre auch ein gestaffeltes Vorgehen möglich, zum Beispiel in einem ersten Schritt die Abgabe im Baurecht an die Stadt, also analog der bekannten Vorlage. Dies ergänzt mit der Option, einen späteren Verkauf in aller Ruhe zu prüfen. Nun sind neue Kräfte am Werk.

Mit der neuen Zusammensetzung in diesem Rat werden wir dieses Postulat überweisen. Mit Martin Neukom ist nun auch eine neue Kraft in der Regierung zuständig. Dies führt zu der berechtigten Hoffnung, dass es diesmal klappt und wir gemeinsam die jahrzehntelange Leidensgeschichte rund um die Kaserne beerdigen können. Ich danke Ihnen für das Überweisen des dringlichen Postulates.

Josef Widler (CVP, Zürich): Die CVP hat der Vorlage im Januar zugestimmt, wir sind leider unterlegen. Wenn wir die Vorlage noch einmal Revue passieren lassen, sehen wir, dass ziemlich spezielle Gründe zu einer Ablehnung geführt haben. Da war von der rechten Seite der Vorwurf, die Rendite sei zu wenig hoch und man müsse da mehr verdienen. Man müsse der Stadt mehr Geld abnehmen, das war so das Postulat. Wenn ich jetzt sehe, was, angetönt von der rechten Seite, kommt,

man soll jetzt die neuen Betriebe dort hineinnehmen, die Start-ups aufnehmen. Dort wird man auch kein Geld verdienen, meine ich. Alles in Allem bemüht man sich jetzt, den Scherbenhaufen zu kitten, und man wird die Verhandlungen neu aufnehmen. Die Verhandlungen haben ja schon lange gedauert. Und wer jetzt meint, da würden ganz neue Aspekte dazukommen, der unterschätzt, glaube ich, das Verhandlungsgeschick der Stadt Zürich und unserer Regierung.

Wir werden selbstverständlich alle Vorstösse unterstützen, die eine Beschleunigung dieses Prozesses bringen, denn das Zeughausareal zerfällt einfach still vor sich hin und wir brauchen jetzt eine Lösung. Ich mache mit Ihnen eine Wette: Diese Lösung wird ziemlich nah bei der Lösung liegen, die Sie im Januar verworfen haben.

Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur): Über den Verlauf der Geschichte rund ums Kasernenareal haben meine Vorrednerinnen und Vorredner ausführlich berichtet. Wir von der EVP-Fraktion stimmten bei der Umsetzung Masterplan schon anfangs Jahr für die Überweisung an den Regierungsrat und waren enttäuscht über die Ablehnung. Die Antworten der dringlichen Anfrage und des dringlichen Postulates lassen hoffen, dass eine mögliche Lösung nun doch nicht in allzu weite Ferne gerückt ist – und vor dem Zerfall der Häuser realisiert werden kann. Eine weitere Verzögerung ist nicht in unserem Sinn. Wir werden das dringliche Postulat überweisen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir leben ja in extrem schnelllebigen Zeiten, es geht alles sehr rasant. Und dann haben wir trotzdem noch ein paar Konstanten hier im Kantonsrat, und das ist der Streit ums Kasernenareal und die Zeughäuser. Das geht jetzt schon etwa 40 Jahre. Ich muss sagen, der Unterhaltungswert dieses Streites ist rasant abnehmend. Es wäre in der Tat, glaube ich, einmal gut, wenn wir uns einigen könnten. Wir waren in diesem Jahr ja immerhin sehr nahe dran, und es haben eine oder zwei Stimmen gefehlt, dass es nicht geklappt hat. Es war so, dass von Ihrer Seite (*gemeint ist die rechte Ratsseite*) vor allem moniert wurde, die Stadt Zürich käme zu billig weg. Das muss man zur Kenntnis nehmen, wenn man in der Demokratie verliert, dann verliert man. Es wäre für mich eigentlich auch selbstverständlich gewesen, dass die Regierung wieder von sich aus Verhandlungen mit der Stadt Zürich aufnimmt. Wieso sie dazu jetzt ein Postulat im Kantonsrat bestellt hat, weiss ich eigentlich nicht. Wir wissen ja alle: Das Postulätli ist das schwächste Mittel des Kantonsrates, und wir empfehlen dem Regierungsrat nur, etwas zu tun, er muss nicht. Er hätte das also von sich aus machen können. Wovor ich aber warnen möchte, ist, dass wir wieder die Büchse der Pandora aufmachen und alle 100 möglichen Varianten prüfen, von Start-ups zu diesem und jenem. Ich glaube, man muss jetzt wirklich schnell eine Lösung haben, sonst sind wir auch in zehn Jahren noch dran – dann bin ich hoffentlich nicht mehr hier drin und muss über die Zeughäuser diskutieren. Man braucht jetzt rasch eine Lösung und man muss sich dann halt über den Preis einigen. Das muss man, glaube ich, zur Kenntnis nehmen, und dann muss halt die Stadt Zürich etwas tiefer ins Portemonnaie greifen. Aber das sollte nicht so ein grosses Problem sein.

Ich bitte Sie deshalb, dieses Postulat zu überweisen. Und dem Regierungsrat möchte ich einfach empfehlen, möglichst rasche eine Lösung zu präsentieren.

Regierungsrat Martin Neukom: Die Diskussion um das Kasernenareal ist, wie schon gesagt wurde, sehr, sehr alt. Und wenn Herr Bischoff meint, dass der Unterhaltungswert von diesem Streit sinkt, ist es ja umso besser, wenn man vielleicht dann doch noch mal zu einer Lösung kommt. Und wenn Sie heute Anstoss zu einer neuen Lösung geben, dann freut mich das natürlich. Es ist tatsächlich so, die Zeughäuser sind in einem sehr, sehr schlechten Zustand, das heisst, wir müssen jetzt Geld investieren, um sie nur schon in diesem schlechten Zustand zu halten, weil es sonst teilweise gefährlich wird. Weil gewisse Fassadenelemente bröckeln und herunterfallen, muss man schon gewisse Dinge absperren. Es ist tatsächlich so: Die Zeit eilt, und je länger man wartet, desto mehr Kosten entstehen, die eigentlich gar nicht nötig wären. Bezüglich einer Lösung sind wir im Grundsatz offen, wir haben das in der Beantwortung der entsprechenden Anfrage schon gezeigt. Eine Möglichkeit ist eine Neuauflage dieses Vertrags. Das heisst, der Vertrag besteht eigentlich schon, und es geht primär darum, für den Kantonsrat eine Neuauflage des Kredits zu machen. Das wäre sicher die schnellste Variante.

Die Regierung hat aber in der Antwort zu dieser Anfrage auch klargemacht, dass für uns ein Verkauf an die Stadt Zürich nicht per se ausgeschlossen ist. Es finden hierzu auch bereits Gespräche mit der Stadt Zürich über einen Verkauf oder eine Neuauflage dieser Vorlage statt. Um es nochmals zu betonen: Der Verkauf bedingt natürlich mehrere Ablaufschritte, denn da müssen mehrere Stellen in der Stadt, also der Stadtrat selber, der Gemeinderat und so weiter, dieses Geschäft behandeln. Wir müssen es im Regierungsrat und im Kantonsrat behandeln. Mit einer Neuauflage mit exakt gleichem Wortlaut wären wir natürlich deutlich schneller.

Der Regierungsrat ist deshalb bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Es ist hier einfach noch zu sagen, dass im Oktober die Richtplanteilrevision 2016 in diesem Rat beraten wird, und dabei wird in Kapitel 6 ein Masterplan festgesetzt. Das ist dann die Grundlage für die neue Nutzung.

Peter Schick, Sie haben gewünscht, dass es auch Schulraum gibt auf diesem Areal. Das ist tatsächlich der Fall. Im Masterplan ist Schulraum vorgesehen, nur eben nicht für Kinder, sondern für Erwachsene. Denn es ist geplant, dass das Bildungszentrum für Erwachsene, das BiZE, in die Militärkaserne kommt, also das grosse Gebäude vorne. Bei den Zeughäusern ist nach Masterplan geplant, dass es ein lebendiges Stadtquartier geben soll, mit Gewerbe, Kultur, Erdgeschossnutzungen mit Cafés und Beizen. Das steht so im Masterplan. Jetzt muss man einfach wissen: Wenn man so etwas in den Masterplan und in den Richtplan reinschreibt – und es scheint ja, dass dieser Richtplaneintrag eine Mehrheit finden wird –, dann ist das eine Nutzungseinschränkung und daher für die privaten Investoren natürlich nicht mehr so interessant, als wenn sie dies an Anwaltskanzleien zu maximalen Mieten vermieten können. Das muss man sich einfach bewusst sein, diese Richtplanein-

schränkung kostet in diesem Sinne natürlich etwas. Deshalb ist vielleicht das Interesse der privaten Investoren an diesen Zeughäusern mit diesen Nutzungseinschränkungen nicht mehr so gross.

Nun – es wurde jetzt auch schon gesagt –, was noch offen ist, ist die Polizeikaserne. Im Masterplan wird nichts über die Polizeikaserne gesagt. Dies deshalb, weil man bis vor kurzem noch davon ausging, dass die Polizei in der Polizeikaserne bleibt, was jetzt aber definitiv nicht mehr der Fall ist. Deshalb ist auch für mich die Nutzung dort offen. Für mich ist es eine gute Möglichkeit zu prüfen, was im Bereich der Jungunternehmen und Start-ups möglich ist. Es ist möglich, dass wir dort ein kleines Start-up-Mekka schaffen können. Mit dem zweiten Postulat waren wir noch nicht in der Regierung, Sonja Rueff hat das Postulat mit dem Titel «Digitaler Leuchtturm für das Kasernenareal» ja erwähnt. Im Hinblick auf das Prüfen der Polizeikaserne, um es für Jungunternehmen zur Verfügung zu stellen, werde ich der Regierung beantragen, dieses zweite dringliche Postulat von Sonja Rueff entgegenzunehmen, damit wir prüfen können, inwiefern wir in der Polizeikaserne Jungunternehmen ansiedeln können, auch im Bereich Digitalisierung.

Es wurde gesagt, wir sollten uns nicht zu viel Zeit lassen für das Prüfen. Selbstverständlich werden wir versuchen, das alles möglichst rasch zu bearbeiten. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 124 : 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat 235/2019 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.